

Merkel fährt Netanyahu an wegen des Versäumnisses „eines einzigen Schrittes zur Förderung des Friedens“^{*}

von Reiner Bernstein

Barak Ravid meldet in „Haaretz“, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Telefonat mit Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu am 21. Februar – drei Tage nachdem die Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat für den Entwurf der Palästinensischen Autonomieregierung gestimmt hatte, welche die israelische Siedlungspolitik verurteilen sollte – enttäuscht gezeigt habe, dass dieser den Frieden nicht fördere. Das Gespräch habe unter „extremer Spannung“ unter Einschluss gegenseitiger Beschuldigungen und scharfer Erklärungen gestanden, zitiert Ravid eine deutsche Quelle. Zornig habe Merkel reagiert, als sich Netanyahu enttäuscht darüber gezeigt habe, dass die deutsche UN-Mission seiner Bitte nicht gefolgt sei, dem Resolutionsentwurf die Stimme zu verweigern. „Was wagen Sie sich“, habe die Bundeskanzlerin geantwortet. „Sie sind es doch gewesen, der uns enttäuscht hat. Sie haben keinen einzigen Schritt für den Frieden unternommen.“

Netanyahu habe angekündigt, in zwei oder drei Wochen eine neue Rede zum Friedensprozess zu halten. Merkel, heißt es in dem Bericht Ravids weiter, habe veranlasst, dass bei israelischen und US-amerikanischen Vertretern geklärt werde, ob Netanyahus Wille ernsthaft sei oder ob er mehr Zeit gewinnen und den internationalen Druck abfedern wolle. Ravid selbst fügt hinzu, er habe bei seinen Recherchen

^{*} Überschrift des Beitrags von Barak Ravid in „Haaretz“ 25.02.2011. Eine erweiterte Fassung ist am 06.03.2011 unter dem Titel „Konflikt zwischen Merkel und Netanyahu“ in dem Zürcher Internet-Portal www.journal21.ch/konflik-zwischen-merkel-und-netanyahu erschienen.

herausgefunden, dass Netanyahu und seine Berater verzweifelt nach einem Weg suchen würden, angesichts der internationalen Isolierung Israels den Friedensprozess neu zu starten. In der bevorstehenden Rede wolle der Ministerpräsident die Schaffung eines palästinensischen Staates in vorläufigen Grenzen auf fünfzig Prozent der Westbank vorschlagen. Dabei vertraue er auf das Schwarze-Peter-Spiel, dass die Palästinenser seine Initiative ablehnen würden.

Zum Hintergrund der tiefen Verstimmung zwischen beiden Regierungschefs gehört die Rede Netanyahus vor wenigen Tagen in der Knesset. Dort hatte er ausgeführt, dass die regionale Instabilität noch Jahre anhalten könne, wiederholte seine Ablehnung des unter Ariel Sharon 2005 vollzogenen einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen und machte klar, dass die israelische Präsenz im Jordantal auch dazu diene, den Einmarsch Irans nach „Judäa und Samaria“ zu verhindern.

Am 27. Februar berichtet Barak Ravid in „Haaretz“, Netanyahu fürchte, dass die Gespräche mit dem Nahost-Quartett in wenigen Tagen in Brüssel darauf hinauslaufen würden, Israel international unter Druck mit dem Ergebnis zu setzen, die Verhandlungen mit den Palästinensern auf der Grundlage der Grenzen vor dem Junikrieg 1967 aufzunehmen. Wenn die EU-Außenminister in zwei Wochen in Paris zusammenkämen, würden sie gegenüber Israel mit möglichen Lösungen für die zentralen Probleme aufwarten. Um ein solches Szenario zu verhindern, habe das Amt des Ministerpräsidenten Kontakt mit der US-Administration aufgenommen, um herauszufinden, was genau in Paris zu erwarten sei.

Am 28. Februar erklärt Netanyahu vor der „Likud“-Fraktion, dass die Siedlungsaktivität trotz des internationalen Drucks möglichst weitergehen solle. Es habe großer Anstrengungen

bedurft, um die USA im UN-Sicherheitsrat am 18. Februar zum Veto zu veranlassen. Zur Begründung seines Plans für einen vorläufigen palästinensischen Staat erklärt Netanyahu am 01. März laut israelischen Presseberichten, dass die Palästinenser für einen Endstatus-Vertrag nicht bereit seien. Damit wolle der Premier, heißt es weiter, einen Versuchsballon mit der Erwartung starten, dass die Palästinenser seinen Plan ablehnen würden.

Wie zu erwarten, wies Machmud Abbas' Sprecher Nabil Abu Rudeineh am 04. März die kolportierte Idee Netanyahus nachdrücklich zurück, einem palästinensischen Staat in vorläufigen Grenzen zuzustimmen. Zur gleichen Zeit machen israelische Pressemeldungen die Runde, wonach sich Netanyahu über die internationale Isolation Israels tief besorgt sei und nach einem Durchbruch suche, der gegebenenfalls auch die Spaltung des „Likud“ in Kauf nehme. Das US-Veto im UN-Sicherheitsrat könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass Washington sich nur unter großen Mühen zu dieser Entscheidung durchgerungen habe, nachdem es die Siedlungsaktivitäten Israels grundsätzlich ablehne. Deshalb werde der angekündigte Vorstoß Netanyahus mit Skepsis bewertet.

Am 08. März zitiert Akiva Eldar in „Haaretz“ den früheren niederländischen Ministerpräsidenten Dries van Agt mit der Einschätzung, dass die meisten Führungspersonlichkeiten in Europa mit Frankreich, Großbritannien und Deutschland an der Spitze Netanyahu nicht trauen würden. Dennoch sei ihnen nichts zu erwarten, weil die Europäer keine politische Einheit und „Sklaven der Vereinigten Staaten“ seien.
